

WAHLEN IN KOLUMBIEN 2007

Wahlsieg der politischen Kultur

Lichtblicke und Schatten bei den Regionalwahlen in Kolumbien



Von Dr. Carsten Wieland

Konrad Adenauer Stiftung Kolumbien
www.kas.de/kolumbien

November 2007

Die Regionalwahlen vom 28. Oktober in Kolumbien waren im In- und Ausland mit ungewöhnlicher Spannung erwartet worden. Dies war ein besonderer Urnengang, nicht nur weil Kolumbiens Probleme vor allem auf dem Land schwelen und unter den Umständen des bewaffneten Binnenkonflikts in 1098 Gemeinden neue Bürgermeister und Stadträte gewählt werden mussten sowie in 32 Regionen neue Gouverneure.



Fotos: KAS

Es waren vielmehr die ersten Wahlen nach dem Skandal der Parapolitik seit Ende vergangenen Jahres, also der Aufdeckung der Verbindungen zwischen Paramilitärs und Politikern, von denen viele heute im Gefängnis sitzen. Es war somit die erste Wahl ohne Tabus: Anders als früher können obskure Allianzen von Journalisten recherchiert und ohne Lebensgefahr diskutiert werden. Und es

waren die ersten Regionalwahlen nach dem Beginn der Entwaffnung der Paramilitärs seit dem Jahr 2005 unter der Regierung des Präsidenten Alvaro Uribe.

Das Wahlergebnis brachte viele Überraschungen hervor. Analysten sprechen von „atypischen Wahlen“. Auch in den Wochen zuvor hatte es Entwicklungen gegeben, die eine neue Qualität in der politischen Kultur Kolumbiens andeuteten. Selten zuvor hatte die Zivilgesellschaft die Wahlen derart engagiert begleitet. Es blieb während der Wahl weithin friedlich und nur in einer Gemeinde müssen die Wahlen wegen zerstörter Stimmzettel wiederholt werden. Die Rahmenbedingungen des Urngangs werden daher diesmal mindestens ebenso intensiv diskutiert wie der parteipolitische Ausgang.

Uribistisches Lager behauptet

Um letzteren in groben Zügen vorweg zu nehmen: Das uribistische Lager hat mit den drei wichtigsten Parteien – Konservative, la U, Cambio Radical – seine starke Stellung behaupten können. Besonders die Konservative Partei hat in den ländlichen Regionen zugelegt. In der Hauptstadt Bogotá jedoch zog der Kandidat des sozialdemokratischen Polo Democrático Alternativo mit 43,7 Prozent der Stimmen deutlich an seinen Konkurrenten vorbei.

Die Wahl hat bestätigt, was Umfragen zu Werteinstellungen festgestellt haben: Die

November 2007

Mehrheit der Kolumbianer denkt und wählt konservativ im breiten Mitte-Rechts-Spektrum. Weiterhin gilt, dass die Parteienlandschaft in diesem Feld extrem zersplittert ist. Im Mitte-Links-Feld dagegen ist durch einen Teil der Liberalen Partei und vor allem den Polo Democratico Alternativo mehr programmatische Kohärenz und Disziplin zu erkennen, auch wenn der Polo nach absoluten Stimmen nur den vierten Platz in der Wählergunst der aktuellen Wahlen eingenommen hat.

Besonders auf lokaler Ebene haben „Garagen-Parteien“, wie die Kolumbianer die kleinen opportunistischen Bewegungen nennen, weiterhin Konjunktur. Hier kommt es mitunter zu grotesken Gelegenheits-Koalitionen, die nicht im Entferntesten etwas mit politischer Programmatik oder Ideologie zu tun haben. Kolumbianer wählen weiterhin Personen und nicht Parteien. Und Parteien bleiben inhaltlich unscharf. Allianzen sind fragil, auch wenn sie durch den Wählerwillen bestätigt worden sind. In einigen Regionen war die Basis von Parteien so gespalten, dass sie konkurrierende Kandidaten unterstützten. In dieser Hinsicht zumindest hat sich wenig verändert. Die politischen Reformen der vergangenen Jahre zur Festigung der Parteien und Parteienlandschaft haben hier nicht gegriffen.

Wie in anderen Ländern auch, erklärten sich nach der Wahl alle großen Parteien zum Gewinner. Es kommt auf die Perspektive an: Gemessen an den absoluten Wählerstimmen liegt die Liberale Partei vorne (2.253.660 Stimmen), gefolgt von der Konservativen Partei (1.856.594), der Partido de la U (1.627.687), Cambio Radical (1.470.407), und dem Polo Democratico (1.072.804). Nimmt man dagegen den wichtigsten Posten zum Maßstab, der in dieser Wahl zu vergeben war, kann sich der Polo Democratico mit Samuel Moreno

als neuen Bürgermeister Bogotás bestärkt fühlen. Vergleicht man die eroberten Wahlkreise, dürfen die Konservativen feiern.

Verglichen mit ihren selbst gesetzten Zielen vor der Wahl, kamen die Konservativen am dichtesten an ihre Messlatte heran. Sie gewannen 5 Gouverneursposten und 240 Bürgermeister-Ämter. Die Eindrücke schwanken jedoch extrem. Der 32-jährige Cristian Garcés (bisher im Stadtrat von Cali) erzielte für das Regionalparlament Valle del Cauca mit mehr als 29.000 abgegebenen Stimmen das höchste Ergebnis aller Abgeordneten Kolumbiens. Dagegen schnitt der konservative Kandidat für das sichtbarste und am härtesten umkämpfte Bürgermeisteramt in Bogotá mit nicht einmal einem Prozent kläglich als letzter von sechs ab.

Zum Vergleich: Die Liberalen eroberten 6 Gouverneursposten und 206 Rathäuser, die Bilanz der Partido de la U steht 7 zu 123, des Cambio Radical 3 zu 112, und des Polo 1 zu 20.



Quelle: Registraduría Nacional del Estado Civil

November 2007

Zersplitterung der Parteienlandschaft setzt sich fort

Die politische Landkarte Kolumbiens ist in Bewegung, obwohl sich die beiden traditionellen Parteien, die Konservativen und Liberalen, weitgehend behaupten konnten. Neue Gruppierungen entstehen entweder durch Egomane, Frustration am etablierten Parteienkorsett oder dadurch, dass fähige Kandidaten keinen Platz in den bestehenden politischen Organisationen finden und sich „selbstständig“ machen.

Neben den erwähnten Problemen „spontaner“ Parteien tauchen auch einige konstruktive Beispiele auf. Bewegungen, die allein durch die Sammlung von Unterschriften kurz vorher zu Stande kamen, können einer Stadt auch neuen politischen Sauerstoff geben. Dies geschah in der Stadt Medellín durch ihren erfolgreichen Bürgermeister Sergio Fajardo, der durch Basisdemokratie an die Macht kam und sich schwer ins traditionelle Links-Rechts-Schema einordnen lässt. Diesmal hat in Medellín, dem juristischen Zentrum des Friedensprozesses, erneut ein politischer Außenseiter gewonnen. Der Schriftsteller Alonso Salazar mit seiner Bewegung Alianza Social Indígena hat das politische Establishment haushoch geschlagen. Salazar steht sowohl Fajardo als auch Uribe nahe.



Ohrfeige für Uribe

Sauer aufgestoßen ist vielen Kolumbianern die Einmischung des Präsidenten in den Wahlkampf in Bogotá. In den Tagen vor dem Urnengang warnte Uribe in verschiedenen Orten der Republik die Wähler davor, Kandidaten zu wählen, die den bewaffneten Kampf der Guerilla-Gruppe FARC unterstützten und Stimmen kauften. Dabei meinte er den Polo-Kandidaten in Bogotá. Samuel Moreno war vor der Wahl in die Falle einer Fangfrage getappt, als er sagte, er würde 50 Stimmen kaufen, wenn er dadurch die Stadt vor einem Politiker retten könne, der 50.000 Stimmen kaufe. Doch Uribes nicht legale und politisch überflüssige Einmischung in den Wahlkampf quittierten viele Bogotaner mit Kritik und Trotz. Morenos Nähe zur FARC zu unterstellen verachteten die meisten Kolumbianer als politische Polemik. Der liberale Gegenkandidat Enrique Peñalosa, der bereits 1997 zum Bürgermeister von Bogotá gewählt wurde und auf die Unterstützung der Uribisten bauen konnte, nutzte diese Episode nichts. Stattdessen stritten Politiker und Juristen nach der Wahl darüber, ob gegen den Präsidenten wegen Einmischung in den Wahlkampf ein Verfahren eingeleitet werden soll.

Als inhaltliches Fazit der Wahl fasst der Kolumnist William Calderón treffend zusammen: „In Kolumbien gewann der Uribismus und verlor Uribe. In Bogotá gewann Samuel und verlor der Polo.“ Denn der Erfolg der Linkspartei beschränkte sich auf den Bürgermeister-Kandidaten und spiegelte sich keinesfalls in eroberten Sitzen im Stadtrat wider. Die Konservative Partei fühlt sich seit dem 28. Oktober in ihren Plänen bestärkt, erstmals seit 1998 wieder einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen und an ihm bis zum Ende festzuhalten. Bisher war die intern heftig umstrittene Strategie der Parteiführung, den unabhängigen Liberalen Uribe in seinen

November 2007

erfolgreichen Bemühungen um einen Friedensprozess, in den vitalen Fragen der inneren Sicherheit und in seiner harten Haltung gegenüber den Guerilla-Gruppen zu unterstützen.

Durch den Sieg des uribistischen Lagers in den Regionalwahlen gewinnen jedoch auch die Gerüchte an Aufwind, Uribe könne und wolle ein drittes Mal als Präsident antreten. Dafür wäre eine Verfassungsänderung nötig. Der Präsident selbst hat sich dazu bisher bedeckt gehalten. Trotz der eher mäßigen Erfolge in den Regionen hat der Polo Democrático weiterhin sehr gute Chancen, aus den nächsten Präsidentschaftswahlen 2010 erfolgreich hervorzugehen. Denn diese Abstimmungen folgen einer anderen Logik, und die soziale Frage wird nach Erfolgen im Bereich der inneren Sicherheit nun immer wichtiger. In dieser Hinsicht haben die Regionalwahlen keine klare Aussagekraft für nationale Szenarien.

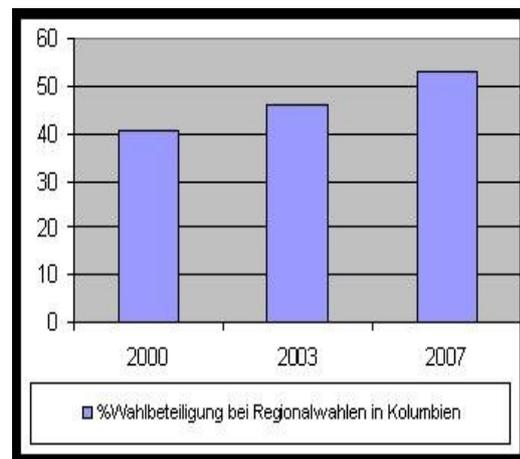
Sicherste Wahlen seit 10 Jahren

Um zu verstehen, warum die Regionalwahlen interessante Besonderheiten aufweisen, macht es Sinn, das Umfeld der Stimmabgabe zu beleuchten. Ein wichtiger Ausgangspunkt ist die im Großen und Ganzen verbesserte Sicherheitslage im Land, das leuchtende Aushängeschild der rechtsliberalen Regierung Uribe. Dadurch ist der politische Raum geschaffen worden, jenseits der elementaren Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung andere politische und soziale Probleme auf die Tagesordnung zu setzen.

Das zeigte sich in mehreren Aspekten während und vor dem 28. Oktober. Unter anderem scheint die Angst in der Bevölkerung zurück zu gehen. Mit etwa 53 Prozent der Wahlberechtigten gaben mehr Kolumbianer ihre Stimme ab als erwartet, obwohl in weiten Teilen des

Landes heftige Regengüsse den Wahlakt erschwerten, der zum Teil in Zelten stattfand. Die Beteiligung stieg besonders in den ländlichen Gebieten. Diesmal gingen landesweit nach Angaben des Vizepräsidialamts 15,2 Millionen Bürger zur Wahl statt 11,6 Millionen in den Regionalwahlen 2003. Ermutigend ist zudem, dass diesmal mit fast 87.000 Personen auf lokalen und regionalen Ebenen so viele Kandidaten zur Wahl standen wie noch nie.

Vizepräsident Francisco Santos erklärte zufrieden, diese Wahlen hätten das Scheitern der Einschüchterungsversuche durch die FARC belegt. „Das ist ein Beweis der Bürgerbeteiligung in einer Demokratie; das ist eine Demokratie, in welcher der Staat die Sicherheit der Wähler garantieren kann.“

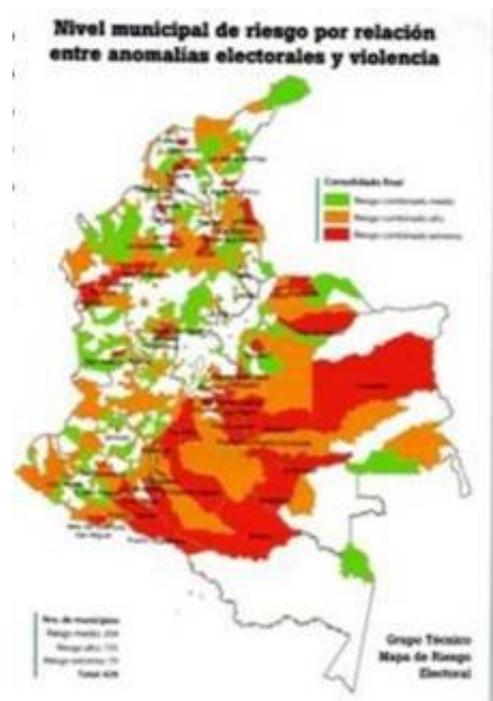


Quelle: Oberste Wahlbehörde

Die Politik der „Demokratischen Sicherheit“ des Präsidenten hat nach Ansicht des Analysten Alfredo Rangel das Umfeld für die „sichersten und am wenigsten von Gewalt geprägten Wahlen der vergangenen zehn Jahre“ geschaffen. Zu dieser Schlussfolgerung kommt er im Vergleich der politischen Morde vor vergangenen Urnengängen. Gab es 1997 noch 133 Morde an Kandidaten sowie an Mandatsträgern in Parlamenten und Rathäusern (2000: 114; 2003: 94), waren es diesmal 64, nach Angaben von

November 2007

Rangels Think Tank Seguridad y Democracia. Dies ist freilich eine relative Feststellung. Immerhin wurden nach Rangels Statistik auch diesmal 25 Kandidaten im Wahlkampf ermordet und eine Vielzahl anderer von Guerillos und den Resten paramilitärischer Gruppen eingeschüchtert, sodass sie sich vor der Wahl zurückzogen. Bei den Regionalwahlen 1997 kamen noch 56 Kandidaten ums Leben, im Jahr 2000 37 und 2003 28.



Wach sind die Erinnerungen an die 80er und 90er Jahre, als mehr als 3000 Lokalpolitiker der Union Patriótica von Paramilitärs ermordet wurden, die sich vom bewaffneten Kampf der FARC losgesagt hatten und eine politische Rolle im zivilen Leben wahrnehmen wollten. Im Vergleich zu diesen dunklen Kapiteln waren die Regionalwahlen 2007 mehr als ein Hoffnungsschimmer.

Wache Augen engagierter Bürger

Dazu trug auch das ungewöhnlich erfolgreiche Engagement vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen bei.

Der Einfluss auf die öffentliche Diskussion und die konstruktive Arbeitsweise dieser Initiativen war ein Novum in Kolumbiens demokratischer Geschichte. Die Misión Observación Electoral (MOE) zum Beispiel, ein breiter Dachverband von Analysten, engagierten Bürgern und Universitäten, hatte eine wichtige Rolle bei der Transparenz der Wahlen gespielt und auch die Chefredakteure und Medienbesitzer ins Boot geholt.

Im Vorfeld hatte die MOE, die unter anderem von deutschen Stiftungen unterstützt wurde, mehrere Berichte mit Landkarten veröffentlicht, auf denen anhand der Analyse früherer Wahlen Gefahren von Gewalt, Wahlbetrug, Stimmenkauf, Einschüchterung und anderen Manipulationen zu erkennen waren. Kandidaten, die ohne Konkurrenz antraten, waren diesmal deutlicherer Kritik und Beobachtung ausgesetzt.

Am Wahltag hatte die MOE 6000 freiwillige Wahlbeobachter mobilisieren können, die sich in mehr als 450 Gemeinden Zugang zu den Wahllokalen verschaffen wollten, und dies in 85 Prozent der Fälle auch gelang. Sie stellten Unregelmäßigkeiten an einem Fünftel der Wahltsche fest und zeigten diese in der Obersten Wahlbehörde an. Möglicherweise kommt es dort zu Revisionen. Die „Wächter der Demokratie“, Gruppen von Studenten in verschiedenen Städten ergänzten dieses Engagement. Ebenso wie die MOE wurden sie von der Konrad Adenauer Stiftung unterstützt.

Erfolg der staatlichen Institutionen

Erfreulich war auch, dass die wichtigsten Institutionen des Wahlprozesses, die Oberste Wahlbehörde und der Nationale Wahlrat, diese Initiativen kraftvoll unterstützten. Das ist in einem Land wie Kolumbien nicht selbstverständlich, wo Gesellschaft und Politik sich häufig polarisiert gegenüberstehen. Der Leiter

November 2007

der Obersten Wahlbehörde, Juan Carlos Galindo, arbeitete mit den Analysten der MOE zusammen und verschaffte den freiwilligen Wahlbeobachtern in einigen Fällen gegen den erklärten Widerstand von Lokalpolitikern Zugang zu sensiblen Bereichen des Prozesses.



Juan Carlos Galindo, Oberster Wahlleiter

Galindo ist der erste Leiter der Wahlbehörde, der nicht aufgrund politischer Seilschaften ins Amt gekommen ist, sondern ausschließlich auf technokratische Empfehlung vor allem des Verfassungs- und des Obersten Gerichts. Zunächst galt er als Übergangskandidat für ein Jahr. Viele hoffen, dass Galindo im kommenden Dezember in ein reguläres Mandat gewählt wird. Der unter diesen Umständen relativ professionelle Verlauf dieser Wahlen dürfte seiner Bewerbung Nachdruck verleihen, aber noch nicht zur Selbstverständlichkeit machen.

Mit Blick auf die gestiegene Glaubwürdigkeit der Kerninstitutionen dieser Wahlen urteilten auch die eingeladenen internationalen Wahlbeobachter: „Dieser Tag hat den demokratischen Prozess in Kolumbien gestärkt.“ Dazu hatten Reformen beigetragen, die der oberste Wahlleiter gegen manchen Widerstand durchgeboxt hatte. Unter anderem ließ er 700 lokale Vertreter der Wahlbehörde in fremde Wahlkreise rotieren, um die Gefahr von Korruption zu senken.

Trotzdem oder gerade deshalb kam es zu Gewaltausbrüchen in mehr als 40 Gemeinden nach der Stimmabgabe. Teilweise wurden Rathäuser oder die Büros der örtlichen Wahlbehörde niedergebrannt. Dafür gibt es zwei Erklärungen. Eine, die auch Galindo vertritt, verweist auf den transparenteren Wahlprozess. Gewalttätige Gruppen kämpften gegen das Wahlergebnis an, wogegen sie früher die Abstimmung schon im Verlauf manipulieren konnten.

Eine andere Interpretation ist weniger wohlwollend, beinhaltet jedoch auch einen positiven Aspekt. Danach habe es doch in verschiedenen Orten in der Tat Manipulationen von obskuren Kandidaten gegeben, die zum Teil Wähler aus anderen Orten in Bussen oder deren Ausweise in Koffern in bestimmte Wahlkreise gekarrt haben. Daraufhin hätten Anhänger anderer Kandidaten heftig protestiert, was in Gewalt umschlug. Der letzte Fall ist ein Beispiel dafür, dass die Bürger inzwischen weniger Angst vor bewaffneten Gruppen haben. Sie artikulieren ihr Unrechtsbewusstsein und ihre Interessen deutlicher als früher. In anderen Fällen haben die Wähler in großen Zahlen ihre Wahlzettel aus Protest unausgefüllt in die Urne geworfen, wo keine seriösen politischen Alternativen zur Verfügung standen.



November 2007

Überraschungssiege und schwindende Angst

Die insgesamt gute Arbeit der Obersten Wahlbehörde mag auch ihren Anteil daran gehabt haben, dass in einigen Fällen Kandidaten gewannen, denen niemand einen Sieg gegen die etablierten Politikerkassen zugetraut hätte. Der wohl erstaunlichste Fall stammt aus der Region Cesar im Norden des Landes, wo paramilitärische Gruppen noch in den vergangenen Regionalwahlen den politischen Ausgang bestimmt hatten. Der damalige Kandidat Cristian Moreno hatte auf Druck der Paramilitärs von seiner Kandidatur zurücktreten müssen. Nach dem Aufdecken des Parapolitik-Skandals wagte er nun, den Wahlbetrug von 2003 publik zu machen und gewann diesmal überraschend den Gouverneursposten mit einer Anti-Paramilitär-Agenda in einem fairen Wahlgang.

Auch in anderen Regionen sowie in den Städten Cali, Cartagena und, wie erwähnt, Medellín gewannen politische Außenseiter gegen das Establishment. Dies sind einzelne Beispiele dafür, wie die allgemein verbesserte Sicherheitslage, der Demobilisierungsprozess der Paramilitärs und eine rigorosere Wahlorganisation der Obersten Wahlbehörde ineinander greifen, unter extrem schwierigen Bedingungen neue politische Ergebnisse möglich machen und somit die Rekrutierung der politischen Führungsschicht beeinflussen.

Leider sind nicht alle Ergebnisse derart ermutigend. Zwar haben vereinzelt Fälle wie in Cesar in den ersten Tagen nach der Wahl zu Euphorie geführt, dass Politiker mit einem parapolitischen Hintergrund vom Wähler abgestraft worden seien. Als sich die Ergebnisse jedoch festigten, wurde deutlich, dass dies nicht überall zutrifft. Zwar erlitt die Bewegung Colombia Viva des inhaftierten Senators Dieb Maloof einen Einbruch.

Doch andere Bewegungen und Parteien, die besonders in den Skandal der Parapolitik verstrickt sind, konnten sich halten oder in einigen Bereichen ihren Stimmenanteil sogar noch ausbauen (Convergencia Ciudadana, Colombia Democratica, Alas-Equipo Colombia). Zudem bemängelte Transparency International in Kolumbien, dass sich die Parteien in der Regel nicht an Abmachungen gehalten haben, ihre Wahlkampf-Finanzierungen offen zu legen.

Langer Weg zur sauberen Demokratie

Insgesamt haben die jedoch staatlichen Behörden wie auch die Sicherheitskräfte ihr Möglichstes getan. Der Bürgerrechts-Beauftragte (Procurador) veröffentlichte eine Liste mit 269 Kandidaten mit kriminellem Hintergrund, um eine Stimmabgabe für sie zu verhindern. Staatliche Sicherheitsdienste untersuchten zum Teil undercover Wahlkampf-Praktiken und –Finanzierung. Doch wenn Kolumbianer in Armutsvierteln weiterhin für ein Mittagessen oder 10 Euro ihre Stimme am Wahltag verkaufen, sind auch die best gemeinten Vorkehrungen eines Rechtsstaats gegen Korruption machtlos.



Kolumbien bleibt ein Land, in dem Stimmen gekauft, Kandidaten eingeschüchtert oder ermordet, illegale Mittel für Wahlkämpfe verwendet, und Wähler in Gruppen in fremde Wahlkreise transportiert werden. Doch viele Bürger sind durch die gestiegene

November 2007

Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Wahlgänge sowie durch die punktuellen Wahlüberraschungen ihrer Stimme sicherer geworden. Die Empörung über Manipulationen ist gewachsen. Der blutige Konflikt überschattet nicht mehr jegliche politische Diskussion und lässt Unregelmäßigkeiten nicht mehr als unvermeidbares Übel erscheinen. Das große Engagement besonders von Studenten, von Journalisten und Wissenschaftlern als Wächter der Demokratie hat Kolumbianern Mut gemacht inmitten des fortdauernden Kampfes um ein friedlicheres Land. Bleibt zu hoffen, dass der Elan der Diskussion um die Qualität der Demokratie in Kolumbien bis zur Präsidentschaftswahl 2010 und darüber hinaus anhält.

Erste Schritte in diese Richtung sind bereits zu erkennen: Der Kongress hat eine Kommission einberufen, die Lehren aus den Wahlen ziehen und Reformen des Wahlrechts und des Wahlprozesses im weiteren Sinn beschließen soll. Der Leiter der Obersten Wahlbehörde will mit internationaler Hilfe einen Think Tank „Demokratie und Wahlen“ aufbauen, der jenseits des hektischen Wahlgeschäfts

administrative und politische Reformen zur weiteren Verbesserung des demokratischen Prozesses anstoßen soll.

Bleibt zu hoffen, dass dieses hochsensible Amt auch im kommenden Jahr außer Reichweite politischer Einflussnahmen bleibt. Sonst sind die zarten Erfolge schnell verpufft.

Dr. Carsten Wieland ist
Landesbeauftragter der Konrad Adenauer
Stiftung in Kolumbien



Projekte der KAS Kolumbien im Zuge der Regionalwahlen 2007:

1. Bogotá: Herausforderungen und Kampfansagen. Die Kandidaten für das Amt als Bürgermeister von Bogotá stellen sich vor. Partner: Universität Javeriana.
2. Handbuch "ABC Electoral". Partner: NDI, Universität Los Andes, USAID und Misión de Observación Electoral (MOE).
3. Mehr Frauen, mehr Demokratie. Projekt zur Stärkung der politischen Beteiligung von Frauen in den Regionalwahlen 2007. Partner: Acción Ciudadana Colombia (AC Colombia)
4. Wächter der Demokratie (Vigías de la Democracia). Initiative von Studenten von Universitäten in Cartagena, Cali, Pereira, Medellín und Bogotá mit dem Ziel, den Wahlprozess kritisch zu beobachten und Wahlbetrug anzuzeigen.
5. Analysen zu Bedrohungen und Landkarten mit Risikogebieten. Partner: Misión de Observación Electoral (MOE).
6. Schulung von Wahlzeugen. Partner: Universität Sergio Arboleda.
7. Schulung von Wahlhelfern und internationalen Beobachtern. Partner: Oberste Wahlbehörde (Registraduría Nacional del Estado Civil)
8. Teilnahme der KAS an der Internationalen Wahlbeobachtung am Wahltag auf Einladung der Obersten Wahlbehörde.
9. KAS PoliTalk: Erste Analyse der Wahlen „Gewinner, Verlierer und Veränderungen in der politischen Landschaft Kolumbiens“. Partner: National Democratic Institute (NDI), Corporación Pensamiento Siglo XXI und Universität Agraria de Colombia.
10. Wahlanalyse und Auswirkungen der politischen Reformen. Partner: Universität Rosario

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Sonder-Website, „Regionalwahlen 2007“ auf www.kas.de/kolumbien



Das Auslandsbüro der KAS in Kolumbien

Dirección: Calle 79 No. 8 – 70 Bogotá

Tels: (+ 571) 3214615/16-19

Fax: (+ 571) 3214620

e mail: carsten.wieland@kas.org.co

www.kas.de/kolumbien

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 1966 in Kolumbien tätig mit dem Ziel, den Demokratisierungsprozess durch politische Bildung, politische Analysen und Beratung zu stärken.

Im Fokus unserer Arbeit steht die Festigung demokratischer Institutionen, u.a. durch beratende Zusammenarbeit mit politischen Eliten und Medien, die Förderung von politischer Bildung und lebendiger gesellschaftlicher Partizipation. Wir stoßen Debatten über eine effektive und ausgeglichene Wirtschaftsordnung an und ermutigen Entscheidungsträger und Unternehmer, mehr soziale Verantwortung zu übernehmen. Ein Hauptanliegen ist, zu einer friedlichen Lösung des Jahrzehnte dauernden Konflikts in Kolumbien beizutragen und den Respekt vor Menschenrechten zu stärken. Das KAS-Büro in Bogotá engagiert sich zudem mit den Themen Dezentralisierung und Kommunalpolitik sowie mit der supranationalen Integration im Anden-Raum.